

Niederschrift über die 13. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am **Donnerstag, 14. September 2017, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

25. September 2017
1 von 8

Anwesende:

Mitglieder

Dr. Bernd Hoppe, 1. stellvertretender Vorsitzender, Freie Wähler
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Petra Ullrich, Mitglied, SPD (Vertretung für Dr. Hasina Farouq)
Sabine Wurst, Mitglied, SPD
Holger Augustin, Mitglied, CDU
Brigitte Thiel, Mitglied, CDU (Vertretung für Stefan Kortmann)
Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Dr. Andreas Jürgens)
Awet Tesfaiesus, Mitglied, B90/Grüne
Sven René Dreyer, Mitglied, AfD
Michael Werl, Mitglied, AfD
Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke

Teilnehmer mit beratender Stimme

Carola Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates
Dieter Pfeiffer, Vertreter des Seniorenbeirates

Magistrat

Hajo Schuy, Stadtrat, SPD

Schriftführung

Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Omar Dergui, Vertreter des Ausländerbeirates
Christian Geselle, Oberbürgermeister, SPD

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Julian Bley, KVG
Bernd Reyer, Kämmerei und Steuern
Wolfram Schäfer, Kämmerei und Steuern
Anja Starick, Umwelt- und Gartenamt
Peter Wüstemann, Umwelt- und Gartenamt
Britta Bachmann, Umwelt- und Gartenamt
Heiko Lehmkuhl, Straßenverkehrs- und Tiefbauamt
Dr. Sandra Büchsel, Rechtsamt
Kirsten Wagner, Rechtsamt
Frank Müsken, Bürgeramt
Uwe Fricke, Bürgeramt

Tagesordnung:

- | | |
|--|------------|
| 1. Kasseler Verkehrs-Gesellschaft Aktiengesellschaft (KVG)
Änderung des Gesellschaftsvertrags
Änderung des Aufgabenübertragungs- und
Beleihungsvertrags | 101.18.641 |
| 2. Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel
(Baumschutzsatzung) Öffentliche Bekanntmachung des
Satzungsentwurfs | 101.18.644 |
| 3. Rechtsgutachten betr. Verpflichtung der Sicherstellung der
Unterbringung illegal Eingereister in der Stadt Kassel | 101.18.573 |
| 4. Integrationsmaßnahmen überprüfen | 101.18.594 |
| 5. Einbürgerungsinitiative | 101.18.630 |
| 6. Baumschutzsatzung fortschreiben | 101.18.645 |

1. stellvertretender Vorsitzender Dr. Hoppe eröffnet die mit der Einladung vom 7. September 2017 ordnungsgemäß einberufene 13. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

1. stellvertretender Vorsitzender Dr. Hoppe gibt bekannt, dass er die Tagesordnungspunkte
- 2. Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel
(Baumschutzsatzung) Öffentliche Bekanntmachung des Satzungsentwurfs**
Vorlage des Magistrats
101.18.644
- und
- 6. Baumschutzsatzung fortschreiben**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
101.18.645

wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufrufen wird, die Abstimmung der Punkte erfolgt getrennt. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

1. stellvertretender Vorsitzender Dr. Hoppe stellt die geänderte Tagesordnung fest.

- 1. Kasseler Verkehrs-Gesellschaft Aktiengesellschaft (KVG)
Änderung des Gesellschaftsvertrags
Änderung des Aufgabenübertragungs- und Beleihungsvertrags**
Vorlage des Magistrats
- 101.18.641 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Änderung des Gesellschaftsvertrags der KVG vom 26. September 2006 wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs (Anlage 1) zugestimmt.
2. Der Änderung des Aufgabenübertragungs- und Beleihungsvertrags zwischen der Stadt Kassel und der KVG vom 12. Juli 2004/3. August 2004 wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs (Anlage 2) zugestimmt.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Freie Wähler + Piraten

Ablehnung: AfD

Enthaltung: Kasseler Linken

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Kasseler Verkehrs-Gesellschaft Aktiengesellschaft (KVG), Änderung des Gesellschaftsvertrags, Änderung des Aufgabenübertragungs- und Beleihungsvertrags, 101.18.641, wird **zugestimmt**.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Sprafke

1. stellvertretender Vorsitzender Dr. Hoppe ruft die Tagesordnungspunkte
2. und 6. betr. Baumschutzsatzung gemeinsam zur Beratung auf. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

- 2. Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel
(Baumschutzsatzung) Öffentliche Bekanntmachung des Satzungsentwurfs**
Vorlage des Magistrats
- 101.18.644 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der öffentlichen Bekanntmachung der Unterrichtung gemäß § 12 Abs. 3 S. 1 und 2 HAGBNatSchG des Entwurfes der Neufassung der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (Baumschutzsatzung) in der aus der Anlage 1 ersichtlichen Fassung zu.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD, Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (Baumschutzsatzung) Öffentliche Bekanntmachung des Satzungsentwurfs, 101.18.644, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Augustin

- 6. Baumschutzsatzung fortschreiben**
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.645 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Kassel (Baumschutzsatzung) in der Fassung vom 19.5.2008 wird mit folgenden Änderungen beschlossen:

§ 3 Sachlicher Geltungsbereich

(1) Von dieser Satzung geschützt sind Laubbäume sowie die Gattungen Ginkgo (Fächerblattbaum), Taxus (Eibe) und Taxodium (Sumpfyzypresse) mit einem Stammumfang ab 60 cm und Nadelbäume mit einem Stammumfang ab 90 cm. Maßgebend ist der Umfang gemessen in 1 m Höhe. Liegt der Kronenansatz unter dieser Höhe, ist der Stammumfang unter dem Kronenansatz maßgebend. Bei mehrstämmigen Bäumen entscheidet die Summe der Einzelstammumfänge ab einem Einzelstammumfang von 30 cm.

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) entfällt

§ 7 Ersatzpflanzungen

(1) unverändert

(2) Für einen gefällten Baum ist in Anknüpfung an die Funktionsleistung des entfernten Baumes pro angefangene 30 cm Stammumfang, bei mehrstämmigen Bäumen pro angefangene 30 cm der Summe der Stammumfänge, jeweils gemessen in 100 cm Höhe über dem Erdboden, als Ersatz ein Laubbaum mit einem in 1 m Höhe gemessenen Stammumfang von mindestens 12 cm zu pflanzen, zu erhalten und zu pflegen. Die Ersatzpflanzung ist zeitnah, spätestens in der nächsten Pflanzperiode durchzuführen. Die Artenauswahl erfolgt in Abstimmung mit dem Magistrat der Stadt Kassel - Umwelt- und Gartenamt - im Rahmen des Genehmigungsverfahrens.

(3) unverändert

§ 8 Ausgleichszahlungen

Ist eine Ersatzpflanzung ganz oder teilweise aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht möglich, ist eine Ausgleichszahlung zu leisten. Die Höhe der Ausgleichszahlung bestimmt sich nach dem ortsüblichen Bruttoerwerbspreis für Baumschulware (Ballenware) für die nach § 7 zu pflanzenden Bäume zuzüglich einer Pauschale in Höhe von 100 % dieses Wertes für Pflanzung sowie Herstellungs- und Entwicklungspflege für 3 Jahre zuzüglich des jeweils geltenden Mehrwertsteuersatzes. Die festgesetzte Ausgleichszahlung ist einen Monat nach Bestandskraft des Bescheides fällig.

§ 13 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 31.12.2027 außer Kraft.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD, Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Baumschutzsatzung fortschreiben, 101.18.645, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Tesfaiesus

3. Rechtsgutachten betr. Verpflichtung der Sicherstellung der Unterbringung illegal Eingereister in der Stadt Kassel

Antrag der AfD-Fraktion

- 101.18.573 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, durch Rechtsgutachten prüfen zu lassen, ob eine Verpflichtung der Stadt besteht, die Unterbringung der illegal Eingereisten vom Land zugewiesenen Personen sicherzustellen.

Stadtverordneter Werl, AfD-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Rechtsgutachten betr. Verpflichtung der Sicherstellung der Unterbringung illegal Eingereister in der Stadt Kassel, 101.18.573, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Werl

4. Integrationsmaßnahmen überprüfen

Antrag der AfD-Fraktion

- 101.18.594 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, für die in der Stadt Kassel untergebrachten Personen, bei denen die Stadt Kassel Maßnahmen zur Integration (mit)finanziert, eine ständige Überprüfung der Integrationsmaßnahmen vorzunehmen. Hierzu gehört v. a. eine Erfolgskontrolle von Sprachkursen sowie von Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt. Der Magistrat wird weiterhin beauftragt, die Stadtverordnetenversammlung regelmäßig - einmal pro Quartal - unaufgefordert über die Ergebnisse zu informieren.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Integrationsmaßnahmen überprüfen, 101.18.594, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Kaufmann

5. Einbürgerungsinitiative

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

- 101.18.630 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Menschen wurden inzwischen angeschrieben, um sie über die Möglichkeit der Einbürgerung informiert zu werden?

2. Wie viele Anträge auf Einbürgerungen wurden je in den letzten fünf Jahren gestellt? (bitte aufschlüsseln nach Herkunftsland) 8 von 8
3. Wie viele davon wurden bewilligt? (bitte aufschlüsseln nach Herkunftsland)
4. Wie viele wurde abgelehnt? (bitte aufschlüsseln nach Herkunftsland)
5. Was sind die häufigsten Hindernisse, die eine Einbürgerung erschweren?
6. Was unternimmt die Stadt, um diese zu beseitigen?

Stadtrat Schuy beantwortet die Anfrage und sagt die schriftliche Antwort als Anlage zur Niederschrift zu.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Schuy erklärt

1. stellvertretender Vorsitzender Dr. Hoppe die Anfrage für erledigt.

6. Baumschutzsatzung fortschreiben

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.18.645 -

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 2 aufgerufen.

Ende der Sitzung: 17:34 Uhr

Dr. Bernd Hoppe
1. stellvertretender Vorsitzender

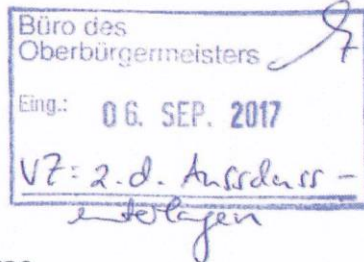
Andrea Herschelmann
Schriftführerin

Bürgeramt
-33-

Kassel, 29.8.2017
Herr Müsken
Tel.: 3167

An

-lt
e, 26.09.17



Vorlage Nr.101.18.630

Anfrage zur Einbürgerungsinitiative der Fraktion der Kasseler LINKE

Frage 1:

Vom 7.10.2016 bis 16.6.2017 wurden 4719 Personen angeschrieben.

Die nächsten Anschreiben werden nach der infolge des Amtswechsels des Oberbürgermeisters nötigen Überarbeitung des Anschreibens und des Informationsflyers Mitte September versandt.

Frage 2:

In den letzten 5 Jahren wurde folgende Anzahl an Anträgen auf Einbürgerung entgegengenommen:

2012	2013	2014	2015	2016	2017 (bis einschl. August)
712	637	577	621	656	497

Eine Statistik, aus welchen Herkunftsländern die Antragsteller stammen wird bei -33- nicht geführt.

Frage 3:

Aushändigung von Einbürgerungsurkunden:

2012	2013	2014	2015	2016	2017 (bis einschl. August)
647	608	479	497	547	380

-33- führt nur eine Statistik über die Aushändigung von Einbürgerungsurkunden in einem Kalenderjahr. Aus diesen Zahlen kann man dann allerdings nicht schließen, dass z.B. im Jahr 2016 109 Personen die Einbürgerung nicht erfolgreich abschließen konnten. Die Einbürgerung könnte dann im Folgejahr 2017 erfolgt sein. Eine Statistik zu den Herkunftsländern wird auch hier nicht geführt.

Frage 4:

-33- liegen dazu keine Zahlen vor.

Frage 5:

Einbürgerungshindernisse werden nicht statistisch erfasst. In den Beratungsgesprächen werden häufig mangelnde Deutschkenntnisse festgestellt. Für Antragsteller aus z.B. Somalia oder Eritrea ist der Nachweis der Identität auf Grund nicht oder nur schwer beschaffbarer Dokumente nicht immer möglich.

Frage 6:

Kann von -33- nicht beantwortet werden.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Fricke', written in a cursive style.

Fricke



-1-

JK, 26.09.17

Vorlage Nr. 101.18.630

Anfrage zu Einbürgerungsinitiative der Fraktion der Kasseler Linke

Frage 6

Was unternimmt die Stadt, um diese zu beseitigen?

Antwort

Das Problem, dass vor allem Somalier und Eritreer ~~und~~ sich nicht einbürgern lassen können, weil sie häufig ihre Identität nicht zweifelsfrei nachweisen können und durch die Einbürgerungsbehörden deren Identitätsnachweise (Pässe, Urkunden etc.) nicht anerkannt werden, wurde im Rahmen eines Austauschgesprächs mit dem Herrn Staatssekretär für Integration Jo Dreiseitel (HMSI) am 18. August 2017 erörtert. Im Zentrum steht die Herausforderung, dass mit den beiden Einbürgerungsinitiativen der Stadt ("Mein Kassel - Mein Zuhause") und des Landes Hessen ("Hessen und ich das PASST") bei den oben genannten Gruppen Erwartungen hinsichtlich der Einbürgerung geweckt werden, die nicht erfüllt werden können.

Herr Dreiseitel hat zugesichert, die Gründung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Bundesinnenministeriums zu unterstützen, in deren Rahmen eine Lösung für dieses Problem gefunden werden soll. Ob diese Lösung im Zuge eine Verordnung oder tatsächlich eines Gesetzesvorhabens erfolgen könne, blieb offen.

Hinsichtlich des Nachweises der ausreichenden Sprachkenntnisse werden potenzielle Antragsteller_innen auf die zugelassenen Sprachkursträger in Kassel verwiesen. Des Weiteren wird auch das umfangreiche und zum Teil kostenlose Programm der Volkshochschule, wie z.B. Deutsch4U- zur Kenntnis gegeben.

Könen

i.V. Ingrid Könen